Protokoll zur dritten Sitzung der örtlichen Pflegekonferenz im Landkreis Cuxhaven am 28.06.2023

Anwesend:

Frau Binkowski

Herr Dr. Dehne

Frau Dr. Geest

Herr Heinrich

Herr Kleinschmidt

Frau Knabe

Frau Lange

Frau Lohr

Herr Lottke

Frau Lübken

Herr Mahler

Frau Mahler-Dock

Herr Peters

Frau Peus

Frau Sablowski

Herr Schlenz

Frau Siebert

Herr Sommerfeld

Herr Stollmeier

Herr Szemborski

Herr Wintjen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste der Pflegekonferenz und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit noch nicht gegeben ist.

2. Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der letzten Sitzung vom 15.Februar 2023

Der Tagesordnungspunkt wir an das Ende der Sitzung verlegt aufgrund der zu Beginn noch nicht gegebenen Beschlussfähigkeit.

Nachdem weitere stimmberechtigte Mitglieder etwas verspätet zur Sitzung dazugestoßen sind, wird das Protokoll der zweiten Sitzung am 15.02.23 am Ende der Sitzung einstimmig genehmigt.

3. Bericht aus den Arbeitsgruppen:

Die Sprecher:innen berichten über die jeweiligen Arbeitsstände in den Arbeitsgruppen:

a. Bericht und Austausch aus der AG Personal:

Herr Heinrich stellt folgende Punkte aus der Arbeit in der AG heraus:

- Stärkung von konkreter Kooperation mit Schulen am Beispiel der Kooperation der AWO Bremerhaven mit einer Schule, die den berufspolitischen Unterricht mitgestaltet und ganz praktisch den Pflegeberuf vorstellen wird. An dieser Idee will die AG weiterarbeiten und sie konkretisieren
- Gründung eines Ausbildungsbündnisses unter den Trägern, um Ausbildung zu stärken und zu fördern. Das Interesse hierfür soll über eine Abfrage mithilfe eines Laufzettels/Fragebogens erfolgen. Befragt werden sollen Dienste und stationäre Einrichtungen
- Ermöglichung von Probearbeiten und Schnuppertagen; Pflegemessen um sich zu präsentieren
- Präsenz im Internet und die Vernetzung untereinander stärken. Ebenso soll der Austausch mit anderen Netzwerken (z.B. Schule und Wissenschaft) gestärkt werden
- Vorstellung von Fördermöglichkeiten für Einrichtungen – gute Arbeit Pflege (www.gap.de) und die nds. Förderrichtlinie Wohnen und Pflege
- Über die Wirtschaftsförderung besteht bislang keine Möglichkeit der Förderung für Pflegekräfte

Nach dem Bericht werden verschiedene Fragestellungen im Plenum diskutiert:

- Gibt es Begrüßungsgeschenke für neue Mitarbeitende und die Einbindung von Menschen mit Behinderung?
    - Wird in den Einrichtungen und Häusern unterschiedlich gehandhabt.
- Freiwilliges Soziales Jahr in der Pflege? Ist das etabliert in der Pflege?

    - Ja, dies wird auch angeboten, aber ähnlich wie im Bereich der Ausbildung, ist es schwerer geworden Menschen hierfür zu gewinnen.
- Wird bei der Darstellung in den sozialen Medien auch TikTok bedient, da dies aktuell die Plattform der jungen Generation ist?
    - In den Krankenhäusern obliegt dies den Pressestellen. Diese haben in der Regel alle sozialen Plattformen im Blick.
- Wie soll der Ausbildungsverbund angegangen werden?
    - Die Planungen stehen noch ganz am Anfang und müssen noch konkretisiert werden, nächster Schritt Entwicklung Fragebogen

Folgende Anregungen wurden aus dem Plenum in die Diskussion eingebracht:

- Herr Szemborski regt an, dass die beiden Pflegeschulen einen Verbund gründen und dann die ausbildenden Betriebe mit einbinden.
- Frau Peus greift die Frage auf, warum es keine Förderrichtlinie für Pflegekräfte gäbe und regt diesbezüglich an, in der AG einen entsprechenden Entwurf, ähnlich wie im Bereich der Ärzteförderung, zu erarbeiten, insbesondere mit Blick auf die Haushaltsplanung 2024/25
- Herr Heinrich ergänzt, dass Wohnraum fehlt und plädiert darüber hinaus für flexible Fördermöglichkeiten, wenn bestehende Förderungen nicht greifen (z.B. über die BA)
- Herr Lottke regt an, bei der nächsten Sitzung die Bundesagentur für Arbeit mit einzuladen, um Fragen der Fördermöglichkeiten zu diskutieren

b. Bericht und Austausch aus der AG Übergänge

Die AG hat die Vortragsreihe für pflegende Angehörige weiterentwickelt und konkretisiert. Frau Knabe stellt den Flyerentwurf vor und bittet die Anwesenden bei der Bewerbung zu unterstützen, hierfür kann sich in eine vorbereitete Liste eingetragen werden mit dem jeweiligen Bedarf an Werbematerial (Flyer und Poster) je Einrichtung.

Der Flyer wird auch als digitale Version zur Verfügung gestellt.

c. Bericht und Austausch aus der AG Quartiersentwicklung

Die AG pausiert derzeit. Der Beschluss zur Durchführung eines kommunalen Wohngipfels wurde vom Sozialausschuss diskutiert und befürwortet. Die Kreisverwaltung hat dezernatsübergreifend den Auftrag aufgenommen und plant einen Wohngipfel am 16.10.23. Nach der Sommerpause soll diese Veranstaltung inhaltlich gemeinsam mit der AG geplant werden.

4. Aktuelle Versorgungssituation im Landkreis Cuxhaven – Sorgen und Nöte aus Sicht der Leistungsträger

Der Vorsitzende stellt die bestehenden Problemlagen vor (siehe Anlage). Aus der sich anschließenden Diskussion ergeben sich folgende Anregungen und Fragen:

- Bestehen Möglichkeiten der Poolbildung innerhalb eines Trägers?
- Stärkung des Ansatzes „ambulant vor stationär“

- Gründung von Versorgungsregionen im ambulanten Sektor, damit der Landkreis auch zukünftig flächendeckend versorgt werden kann
    - Dieser Idee steht der Grundsatz der freien Wahl der Dienste von Seiten der Betroffenen entgegen

5. Sonstiges

- Vorstellung des Logos der Pflegekonferenz
- Bitte um verbindliche Zu- und Absage zu den Konferenzen und Arbeitsgruppensitzungen für die bessere Planung
- Einladung zum sich anschließenden Get Together, um ins Gespräch zu kommen und sich stärker zu vernetzen

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:30 Uhr

Für das Protokoll

Claudia Lange

Geschäftsführung Pflegekonferenz

Input zu Top 4 der 3. Sitzung der Pflegekonferenz im Landkreis Cuxhaven

Aktuelle Versorgungssituation im Landkreis Cuxhaven – Sorgen und Nöte aus Sicht der Leistungsträger

Einleitung:

Viele Pflegeeinrichtungen befinden sich aktuell in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Vor allem die ambulante Pflege ist auf Grund einer fehlenden kostendeckenden Refinanzierung der Leistungserbringung in unwirtschaftliches Fahrwasser gerutscht, aber auch in der Tagespflege und den stationären Einrichtungen, machen sich erfolgte Gesetzesänderungen bemerkbar.

Die Problemlagen sind je nach Träger unterschiedlich, da es verschiedene Verhandlungsbündnisse und Verhandlungsformen gibt. Auskömmlich kann die Situation aktuell für kaum einen Dienst oder Träger sein.

Konsequenz:

- Insolvenzen und dauerhafte Schließung von Einrichtungen, Weniger Angebot an Dienstleistungen für die Menschen in unserer Region.
- Der Eigenanteil für Klientinnen ist so gestiegen, dass nur noch ein geringer Bevölkerungsanteil die Kosten für eine Pflegeeinrichtung aus eigenen Mitteln bestreiten kann.
- Der Abbau der Pflegeplätze wegen Personalmangels führt in den Kliniken zu Fehlbelegungen, weil die Patienten nicht in eine Pflegeeinrichtung verlegt werden können.
- Die Versorgungssituation verschärft sich immer mehr, zumal Pflegeeinrichtungen mittlerweile auch in ihrem Belegungsmanagement die Belastbarkeit der Pflegekräfte einbeziehen müssen. Es werden vermehrt geringe Pflegegrade aufgenommen („Pflegetriage“).

Gesetze und Verordnungen, die im Ansatz gut sind, aber auch Probleme verursachen:

1. **Tariftreuegesetz**
   Gut:
   - Deutliche höhere Löhne für Pflegefach-, und Hilfs- und Betreuungskräfte

Schlecht:

- Leider sind nicht alle Berufsgruppen in der Pflege von diesem Gesetzt erfasst (Hauswirtschaftskräfte, Verwaltung, Technischer Dienst). Dies führt zu einem sehr starken Lohngefälle in Einrichtungen und zu Demotivation bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. NEU: Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz, regelt dieses Problem für Tarifgebundene Einrichtungen, nicht aber für die, die das regionale Entgeltniveau anwenden
- Refinanzierung der höheren Personalkosten ist nicht in allen Bereichen gesichert (z.B. ambulante Pflege SGB V) und auch bei der politischen Entscheidung zum Tariftreuegesetz nicht berücksichtigt worden.

2. **Neues Personalbemessungssystem**

Gut:

- Mehr Personal für die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in den stationären Pflegeeinrichtungen
- Aufbrechen des starren Fachkraftschlüssels von 50%

Schlecht:

- Schon jetzt können viele Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen nicht besetzt werden, wo sollen neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unsere Region herkommen, wo doch schon jetzt fast jede Branchen Mitarbeiter sucht? Was passiert, wenn ich das zusätzliche Personal nicht finde? Kommt dann ein Belegungsstopp?
- Die Qualifizierung für die einjährige Pflegefachhilfe ist nicht refinanziert. Somit ist ein Aufwuchs der dringend benötigten ausgebildeten PflegehelferInnen schwerlich möglich.
- Die notwendigen Organisations- und Personalentwicklungsmaßnahmen sind ebenfalls noch nicht refinanziert.

3. Energie-Rettungsschirm

Gut:

- Abfederung der hohen Energiekostensteigerungen, ohne dadurch die Bewohner in stationären und teilstationären Einrichtungen zu belasten.
- Die Mittel kommen auf jeden Fall!

Schlecht:

- Beantragungsverfahren eher aufwendig
- Zu wenig Mitarbeiter bei den zuständigen Krankenkassen führen zu sehr langen Bearbeitungszeiten und späten Auszahlungsterminen. Kosten müssen zunächst vorgestreckt werden.

Besondere Probleme der aktuellen Situation im wirtschaftlichen Betrieb einer stationären Einrichtung:

- **Verhandlung von Pflegesätzen auf Basis einer 98%-tigen** Auslastung
    - Durch fehlendes Personal stehen oftmals ganze Wohnbereiche eines Pflegeheims leer. Die 98% Auslastung kann nicht erreicht werden, dadurch entstehen Verluste. Selbst, wenn man das Personal steuern kann, fehlen Investitionskosten sowie wird Personal anderer Berufsgruppen vorgehalten, welches man nicht so einfach steuern kann (Verwaltung, Technischer Dienst, Küche etc.)
    - Durch Kostenträger wird in den Verhandlungen i.d.R. ein Risikozuschlag von um die 1% der Personalkosten mitgetragen. Dieser Zuschlag ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Sollte Zeitarbeit genutzt werden, ist die Summe innerhalb weniger Wochen aufgebraucht

Besondere Probleme in der aktuellen Situation im wirtschaftlichen Betrieb von ambulanten Pflegeeinrichtungen:

- **Fehlende oder nicht ausreichende Refinanzierung von Leistungen aus dem Bereich SGB V**
    - Tariftreuegesetz zum 1.9.22 führt zu höheren Personalkosten (Verhandlungsbündnis DRK/Pari als Beispiel im Durchschnitt um rund 19,5%).
    - Personalkosten bei SGB XI Leistungen über das so genannte PKZ grundsätzlich refinanziert. (quasi durch eine Einzelverhandlung zwischen Kostenträger und Dienst)
    - Im SGB V gibt es Verhandlungen in Bündnissen auf Landesebene. In 2022 gab es 3% Steigerung zum 1.1. Es gibt auch aktuell Abschlüsse (Private Anbieter, Kirchliche Dienste),

die können aber eigentlich fast nicht auskömmlich sein. Kein Abschluss beim Bündnis Pari/DRK, da das Angebot der Kostenträger nur rund 6% betrug und daher wurde die Schiedsstelle angerufen.

- Personal-Mix auf dem Land ist deutlich schwieriger geworden
- Kunden-Verhalten führt dazu, dass darauf geschaut wird, dass das Pflegegeld gleich hoch bleibt und eher Leistungen eines Pflegedienstes abgebaut werden. Dieses Verhalten macht das gestalten von wirtschaftlichen Einsätzen beim Kunden schwierig. Der Einsatz des Pflegegeldes ist zumindest in manchen Situationen fraglich.

Folgen aus diesen Beispiele u.a.:

- Leistungen im SGB V ambulant werden nicht mehr und nur noch sehr reduziert erbracht
- Insolvenzen und Geschäftsaufgaben nehmen ambulant wie stationär zu (Redebeitrag Herr Kleinschmidt)
- Versorgungssituation der Pflegebedürftigen spitzt sich zu

Wünsche für die nahe Zukunft:

- Refinanzierung SGB V muss gesichert werden (Schiedsverfahren DRK / Pari darf nicht ewig dauern)
- Der Bazar muss aufhören: Geeinte Kalkulationsschema auf Landesebene für Verhandlungen in teilstationären Einrichtungen und ambulanten Pflegediensten für SGB XI und SGB V Leistungen, um regionale Unterschiede und Kosten zu berücksichtigen (Egal was dabei herauskommt)
- Hinhaltetaktiken der Kostenträger in Verhandlungen müssen unterbunden werden = Sterben von Diensten